



Österreichischer Gewerkschaftsbund

GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Telefon 53454, Fernschreiber 114402 göd a

An die

Kanzlei des Präsidiums des
Nationalrates

c/o Parlament

Dr. Karl Renner-Ring 3

1017 Wien

GESETZENTWURF	
37	-GE/19... 02
Datum:	8. MAI 1992
Vorbild:	08. Mai 1992 <i>Nemitz</i>

Unser Zeichen – bitte anführen

Zl. 7.508/92 – VA/Bru

Betr.: **Novelle zum Richterdienstgesetz;**
Stellungnahme

Ihr Zeichen

Wien,

5. Mai 1992

In der Beilage übermitteln wir 25 Ausfertigungen unserer Stellungnahme betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Richterdienstgesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Mutterschutzgesetz 1979 und das Elternkarenzurlaubsgesetz geändert werden, zur freundlichen Kenntnisnahme.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung



Vorsitzender

25 Beilagen

(Fot/Zl. 6.895/92)

Fot/Bundeskanzleramt (zu do. GZ 920.500/0-II/A/6/92)

Im Nachhang zum ho. Schreiben vom 28.4.1992, Zl. 6.895/92, z.g.K.



Österreichischer Gewerkschaftsbund

GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Telefon 53 454, Fernschreiber 114402 göd a

An das
Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 2
1014 W i e n

Unser Zeichen – bitte anführen

Zl. 6.895/92 - VA/Bru

Betr.: Novelle zum Richter-
dienstgesetz;

Stellungnahme

Ihr Zeichen

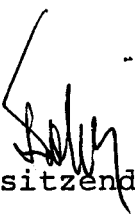
Wien,

28. April 1992

Zum Richterdienstgesetz (Entwurf 3.4.1992) erlaubt sich die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst zu Art. I Z. 12 festzuhalten:

In § 76d Abs. 5 RDG wird § 11c des Karenzurlaubsgeldgesetzes, BGBl. Nr. 395/1974, als anzuwendende Vorschrift normiert. Dies bedeutet, daß bei Herabsetzung der Auslastung eines Richters gemäß § 76a RDG auf die Hälfte der Monatsbezug und die Aufwandsentschädigung im halben Ausmaß gebühren, das Karenzurlaubsgeld während des ersten Lebensjahres des Kindes aber nicht zusteht.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung


Vorsitzender